

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gewettigd wordt door de omstandigheid dat de ministers op wier instigatie de rechtsgedingen gevoerd worden, zo snel mogelijk na de verkiezing van de nieuwe leden van de Regering moeten worden aangewezen, zodat de rechtszekerheid en de continuïteit van het regeeringswerk niet in het gedrang komt;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. De rechtsgedingen waarin de Duitstalige Gemeenschap als eiser of als verweerder optreedt, worden namens de Regering gevoerd, op instigatie van de minister die overeenkomstig het besluit van de Regering van 20 juni 2019 houdende verdeling van de bevoegdheden onder de ministers bevoegd is voor de materie.

Art. 2. Elke minister informeert regelmatig de andere leden van de Regering over het verloop van de rechtsgedingen. Een rechtsgeding mag slechts worden ingesteld na voorafgaande beslissing van de Regering.

De procedurestukken die de minister-president ontvangt, worden onmiddellijk aan de overeenkomstig artikel 1 bevoegde minister bezorgd.

Art. 3. Het besluit van de Regering van 30 juni 2014 houdende aanwijzing van de leden van de Regering op wier instigatie de rechtsgedingen van de Duitstalige Gemeenschap gevoerd worden, wordt opgeheven.

Art. 4. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 5 - De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 juni 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/203281]

20. JUNI 2019 — Erlass der Regierung bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitglieds der Föderalregierung berufen werden

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund der Verfassung, Artikel 121, 130, 132 und 139;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 68, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993, und 69;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitglieds der Föderalregierung berufen werden;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Regelung der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Minister im Interesse der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden und Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Die Kabinette der Mitglieder der Regierung*

Abschnitt 1 — Aufgaben und Zusammensetzung

Artikel 1 - Jeder Minister verfügt über ein Kabinett.

Der Aufgabenbereich jedes Kabinetts wird wie folgt festgelegt:

1. die Angelegenheiten, die einen Einfluss auf die allgemeine Politik der Regierung oder auf die Arbeiten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben können;

2. die Nachforschungen und Studien, die dazu geeignet sind, die persönliche Arbeit des Mitglieds der Regierung zu erleichtern;

3. die Vorlage der Akten des Ministeriums;
4. der Empfang und das Öffnen seiner persönlichen Post;
5. seine besondere Korrespondenz;
6. die Terminanfragen;
7. die Öffentlichkeitsarbeit und die Presseschau.

Art. 2 - Jedes Kabinett verfügt über höchstens fünf Mitglieder mit einer Gehaltstabelle höchstens der Stufe I.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen, ein zusätzliches Mitglied mit einer Gehaltstabelle der Stufe I in sein Kabinett aufnehmen.

Art. 3 - Für die Ausführungsarbeiten kann jedes Kabinett höchstens über zwei Mitarbeiter mit Gehaltstabellen der Stufen II+, II und/oder III verfügen.

Zusätzlich verfügt jedes Kabinett über einen Fahrer mit einer Gehaltstabelle der Stufe III, der jeweils ebenfalls mit Hausmeisterarbeiten betraut werden kann.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen, für die Funktion der Direktionsassistenten einen zusätzlichen Mitarbeiter mit einer Gehaltstabelle der Stufen II+ oder II in sein Kabinett aufnehmen.

Art. 4 - Die in Artikel 2 und 3 erwähnten vollzeitig beschäftigten Mitglieder und Mitarbeiter können jeweils durch zwei Teilzeitkräfte ersetzt werden.

Art. 5 - Die Rechtsposition aller in den Artikeln 2, 3 und 4 erwähnten Personalmitglieder der Kabinette ist zeitweilig statutarisch und das Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge ist auf sie nicht anwendbar. Die Personalmitglieder der Kabinette, auf die Artikel 11 anwendbar ist, sind jedoch den Bestimmungen bezüglich des garantierten Lohns im Falle einer durch Krankheit bedingten Arbeitsunfähigkeit, außer bei einer Berufskrankheit, oder einer durch Unfall bedingten Arbeitsunfähigkeit, außer bei Arbeitsunfall oder Unfall auf dem Arbeitsweg, unterworfen.

Art. 6 - Die vertraglichen oder statutarischen Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Verwaltung des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen nicht in ein Kabinett eines Ministers der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft berufen werden.

Art. 7 - Personalmitglieder des öffentlichen Dienstes oder des subventionierten Unterrichtswesens dürfen nur dann in ein Kabinett berufen werden, wenn sie während ihrer Kabinetttätigkeit ihre Funktion im öffentlichen Dienst beziehungsweise im subventionierten Unterrichtswesen nicht ausüben und die damit verbundenen Befugnisse nicht wahrnehmen.

Abschnitt 2 — Ernennungen und Arbeitsweise

Art. 8 - Die Personalmitglieder jedes Kabinetts werden vom betroffenen Minister ernannt und entlassen.

Art. 9 - Das dazu vom Minister bestimmte Mitglied des Kabinetts leitet die Mitteilungen und Anweisungen des jeweiligen Ministers dem Generalsekretär des Ministeriums auf dem hierarchischen Weg zu.

Art. 10 - Die Kabinettsmitglieder dürfen nur mit der Erlaubnis des betroffenen Ministers direkt mit dem Ministerium verhandeln.

Abschnitt 3 — Bezahlung, Zulagen und Entschädigungen

Art. 11 - § 1 - Den in Artikel 2 erwähnten Mitgliedern der Kabinette der Gehaltsstufe I, die nicht zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Kabinettsentschädigung gewährt, die pro Kabinett höchstens folgenden Gehaltstabellen des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft entspricht:

1. ein Kabinettschef: I/11
2. die übrigen Mitarbeiter der Stufe I: I/8

Wenn die in Absatz 1 erwähnte Kabinettsentschädigung die Gehaltstabelle I/4 des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht übersteigt, wird diese um eine jährliche Kabinettszulage erhöht, deren Höchstbetrag 2.382 Euro beträgt und an den Angelindex 138,01 gebunden ist.

§ 2 - Das Beginndienstalter der in § 1 erwähnten Kabinettsmitglieder wird pauschal ab dem vollendeten 24 Lebensjahr berechnet und darf 20 Jahre nur dann überschreiten, wenn die darüber hinausgehende Zeit durch Dienstjahre im öffentlichen Dienst beziehungsweise in Kabinetten belegt ist.

§ 3 - Den übrigen in Artikel 2 und 3 erwähnten Mitarbeitern der Kabinette, die nicht zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, wird anstelle eines Gehalts eine Kabinettsentschädigung gewährt, die der Gehaltstabelle entspricht, die zum gleichwertigen Dienstgrad der Stufen II+, II, oder III des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört, erhöht um eine jährliche Kabinettszulage, deren Höchstbetrag 2.382 Euro beträgt und an den Angelindex 138,01 gebunden ist.

§ 4 - Das Beginndienstalter der in § 3 erwähnten Kabinettsmitglieder wird pauschal ab dem vollendeten 20. Lebensjahr berechnet und darf 20 Jahre nur dann überschreiten, wenn die darüber hinausgehende Zeit durch Dienstjahre im öffentlichen Dienst beziehungsweise in Kabinetten belegt ist.

§ 5 - Die in § 1 und 3 erwähnten Personalmitglieder haben Anspruch auf die zeitlich gestuften Erhöhungen ihrer Gehaltstabelle nach Dienstalter.

§ 6 - Der Minister kann einem in § 1 und 3 erwähnten Personalmitglied nach einer Dienstperiode von fünf Jahren in seinem Kabinett die nächsthöhere Gehaltstabelle zuordnen. Unter nächsthöhere Gehaltstabellen versteht man die Gehaltstabellen, die den Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund der Beförderungsregeln zugeordnet werden können.

Art. 12 - Dem Personal der Kabinette, das zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehört, wird unter Beachtung des Artikels 13 eine Kabinettszulage gewährt.

Unter Berücksichtigung der in der Tabelle des Artikels 11 § 1 vorgesehenen Aufteilung wird jedem Mitglied der Gehaltsstufe I, das zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehört, gemäß der Stelle, die es in Entsprechung zu der in Artikel 11 § 1 vorgesehenen Gehaltstabelle einnimmt, eine jährliche Kabinettszulage mit jeweils folgenden Höchstbeträgen, die an den Angelindex 138,01 gebunden sind, gewährt:

- 8.507 Euro (I/11);
- 5.785 Euro (I/8);
- 4.424 Euro (I/4).

Für die übrigen in Artikel 2 und 3 erwähnten Mitarbeiter, die zum öffentlichen Dienst oder zum subventionierten Unterrichtswesen gehören, beläuft sich der Höchstbetrag der jährlichen Kabinettszulage, der an den Angelindex 138,01 gebunden ist, auf 2.382 Euro.

Art. 13 - § 1 - Die Bezahlung des Personals der Kabinette, die zum Personal eines Ministeriums, eines anderen öffentlichen Dienstes oder des subventionierten Unterrichtswesens gehören, wird folgendermaßen geregelt:

1. wenn der Arbeitgeber das Gehalt weiterhin auszahlt, erhält der Betreffende die in Artikel 11 vorgesehene Kabinettszulage. Dem Herkunftsdienst wird eventuell das Gehalt des Kabinettsmitglieds zurückgezahlt, gegebenenfalls erhöht um die Arbeitgeberkosten. Das zurückzuzahlende Gehalt darf jedoch nicht den Höchstbetrag der durch Artikel 11 für den entsprechenden Dienstgrad vorgesehenen Gehaltstabellen übersteigen;

2. wenn der Arbeitgeber die Gehaltszahlungen einstellt, erhält der Betreffende anstelle des Gehalts eine Entschädigung, die der in Artikel 11 vorgesehenen entspricht, sowie eine Kabinettszulage. Der Gesamtbetrag, der sich aus der Summe von Entschädigung und Kabinettszulage ergibt, darf jedoch den Betrag nicht übersteigen, der sich aus dem Gehalt und der Zulage zusammensetzt, die der Betreffende erhielt, wenn die Bestimmungen unter Nummer 1 auf ihn anwendbar wären.

§ 2 - Die Rückzahlung des Gehalts der Personalmitglieder der nationalen Ministerien, die in ein Kabinett eines Mitgliedes der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgestellt werden, wird nach den Modalitäten vorgenommen, die durch Königlichen Erlass festgelegt sind.

Art. 14 - § 1 - Am Ende der Legislaturperiode oder im Falle seines Rücktritts kann der betroffene Minister den Personalmitgliedern des Kabinetts eine pauschale Abgangsentschädigung zu den im vorliegenden Artikel festgehaltenen Bedingungen zuerkennen.

§ 2 - Für die in Artikel 11 erwähnten Personalmitglieder der Kabinette umfasst die Abgangsentschädigung:

1. gegebenenfalls die restliche Kabinettsentschädigung für den laufenden Monat;
2. pro angefangener Dienstperiode von fünf Jahren in einem Kabinett der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils ein Betrag in Höhe von drei monatlichen Kabinettsentschädigungen.

Die Abgangsentschädigung wird in monatlichen Raten ausgezahlt. Von der Abgangsentschädigung wird die während der Zahlungsperiode dem betroffenen Personalmitglied gegebenenfalls zustehende Arbeitslosenentschädigung abgezogen.

Die Abgangsentschädigung wird nur dann ausbezahlt, wenn das betroffene Personalmitglied keine Funktion in einem ministeriellen Kabinett, in einer Dienststelle oder subventionierten Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in einer Dienststelle des Staates, der Gemeinschaften oder Regionen, in einem anderen öffentlichen Dienst oder in einer subventionierten Lehranstalt ausübt, noch eine Pension zu Lasten der Staatskasse oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezieht. Falls einer der genannten Umstände eintritt, werden die monatlichen Zahlungen beendet.

Das betroffene Personalmitglied bestätigt schriftlich, dass keiner der im vorigen Absatz angeführten Umstände eingetreten ist.

§ 3 - Für die in Artikel 12 erwähnten Personalmitglieder der Kabinette umfasst die Abgangsentschädigung:

1. gegebenenfalls die restliche Kabinettszulage für den laufenden Monat;
2. pro angefangener Dienstperiode von fünf Jahren in einem Kabinett der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils ein Betrag, der einer einmonatigen Kabinettszulage entspricht.

Die Abgangsentschädigung wird in monatlichen Raten ausbezahlt.

§ 4 - Die Abgangsentschädigung ist weder für die Anwendung der Gesetzgebung über die Arbeitslosigkeit noch für die Berechnung der Abgaben der Sozialsicherheit als Entlohnung anzusehen.

Art. 15 - § 1 - Den Fahrern wird zusätzlich zu der in Artikel 11 § 3 beschriebenen Kabinettszulage eine monatliche Pauschalzulage in Höhe von 248 Euro gewährt.

Jedem Fahrer steht außerdem monatlich eine Entschädigung in Höhe von 161 Euro für die Berufskosten zu.

Der Regentenerlass vom 30. März 1950 bezüglich der Zulagen für außergewöhnliche Dienstleistungen und der Königliche Erlass vom 24. Dezember 1964 zur Festlegung der Entschädigungen für Aufenthaltskosten sind auf die Fahrer nicht anwendbar.

§ 2 - Den Kabinettschefs kann eine jährliche Pauschalentschädigung für Aufenthaltskosten von 1.812 Euro gewährt werden.

Die Entschädigung wird nur dann gewährt, wenn die Funktion im betroffenen Monat an mehr als fünf aufeinander folgenden Tagen ausgeübt wird.

Die Entschädigung wird während der Abwesenheit aufrechterhalten, die im betroffenen Monat fünf aufeinander folgende Tage nicht übersteigt. Sie wird außerdem während des Jahresurlaubes aufrechterhalten.

Art. 16 - Das Personal der Kabinette erhält die Haushalts- oder Wohnortzulagen, das Urlaubsgeld und die Jahresendzulage zum Satz und zu den Bedingungen, wie sie für das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten.

Art. 17 - § 1 - Für die Gewährung der Fahrtentschädigungen werden die Kabinettsmitglieder dem Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gleichgesetzt.

§ 2 - Die von der Regierung dazu bezeichneten Personalmitglieder der Kabinette sind berechtigt, für ihre Fahrten ihr persönliches Fahrzeug zu benutzen zu den Bedingungen, die im Königlichen Erlass vom 18. Januar 1965 über die allgemeine Regelung der Fahrtkosten für den entsprechenden Dienstgrad des Personals der Ministerien vorgesehen sind. Sie sind von der Führung eines Fahrtenbuches befreit.

Die Erlaubnis zur Benutzung des persönlichen Fahrzeugs wird durch einen besonderen Erlass geregelt.

Art. 18 - § 1 - Die in den Artikeln 11, 12 und 15 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen werden jedem Kabinettsmitglied nachträglich am Monatsende ausgezahlt.

Die monatliche Entschädigung oder Zulage beträgt 1/12 des jährlichen Betrags. Wenn die Entschädigung oder Zulage nicht für den ganzen Monat geschuldet wird, wird sie gemäß den durch das finanzielle Statut des Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Bestimmungen ausbezahlt.

§ 2 - Für die in den Artikeln 11, 12 und 15 vorgesehenen Entschädigungen und Zulagen ist die für die Besoldung der Beamten vorgesehene Mobilitätsregelung anwendbar. Sie sind an den Ängelindex 138,01 gebunden.

Davon ausgenommen sind die in Artikel 15 des vorliegenden Erlasses vorgesehenen monatlichen Pauschalzulagen für Fahrer.

§ 3 - Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 14, entscheidet die Regierung ob und in welchem Maße die in Artikel 11, 12, 15 und 16 vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen geschuldet werden, wenn ein Personalmitglied eines Kabinetts seine Kabinettsfunktion nicht ausübt.

KAPITEL 2 — PERSONALMITGLIEDER DER DIENSTE DER REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT, DIE IN EIN KABINETT EINES MITGLIEDES DER FÖDERALREGIERUNG BERUFEN WERDEN

Art. 19 - Die Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft können Mitglieder des Kabinetts eines Mitgliedes der Föderalregierung werden, wenn sie vorher die Erlaubnis des für das Personal zuständigen Ministers erhalten.

Die Erlaubnis kann nur erteilt werden, wenn der König eine Verordnung erlassen hat, die die Modalitäten der Rückzahlung des Gehalts der in Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder regelt.

Art. 20 - Artikel 7 ist anwendbar auf die Personalmitglieder der Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in das Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung abgestellt sind.

Art. 21 - Das Gehalt der in Artikel 19 Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder wird durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausbezahlt.

Die Rückzahlung an die Deutschsprachige Gemeinschaft wird vorgenommen aufgrund einer dreimonatlichen Aufstellung, die dem betroffenen Mitglied der Föderalregierung durch die Dienste der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt wird.

Die Anfrage zur Rückzahlung wird zu Beginn jedes Trimesters für das abgelaufene Trimester eingereicht.

KAPITEL 3 — *Schlussbestimmungen*

Art. 22 - Den Ministern wird eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 500 Euro gewährt.

Art. 23 - Vorliegender Erlass ist nicht anwendbar auf die Kabinette der vor dem 17. Juni 2019 amtierenden Regierung.

Art. 24 - Der Erlass der Regierung vom 30. Juni 2014 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitgliedes der Föderalregierung berufen werden ist aufgehoben.

Art. 25 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 26 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Juni 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2019/203281]

20 JUIN 2019. — Arrêté du Gouvernement portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres du Gouvernement ainsi que sur les membres du personnel des services du Gouvernement appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la Constitution, les articles 121, 130, 132 et 139;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, les articles 68, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993, et 69;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2014 portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres du Gouvernement ainsi que sur les membres du personnel des services du Gouvernement appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'après l'élection des nouveaux membres du Gouvernement, il faut adopter sans délai la réglementation portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets ministériels afin de garantir la continuité du travail gouvernemental;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Les cabinets des membres du Gouvernement**Section 1^{re}. — Attributions et composition**

Article 1^{er}. - Chaque ministre dispose d'un cabinet.

Les attributions de chaque cabinet sont fixées comme suit :

1° les affaires susceptibles d'influencer la politique générale du Gouvernement ou les travaux du Parlement de la Communauté germanophone;

2° les recherches et études propres à faciliter le travail personnel du membre du Gouvernement;

3° la présentation des dossiers du Ministère;

4° la réception et l'ouverture de son courrier personnel;

5° sa correspondance particulière;

6° les demandes d'audience;

7° les relations publiques et la revue de presse.

Art. 2. - Chaque cabinet dispose au maximum de cinq membres ayant au plus une échelle de traitement du niveau I.

Par dérogation au premier alinéa, le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement, peut prendre dans son cabinet un collaborateur supplémentaire rémunéré conformément à une échelle de traitement du niveau I.

Art. 3. - Pour les travaux d'exécution, chaque cabinet peut disposer au plus de deux collaborateurs ayant une échelle de traitement du niveau II+, II et/ou III.

De plus, chaque cabinet dispose d'un chauffeur ayant une échelle de traitement du niveau III et auquel peuvent également être confiées des tâches de concierge.

Par dérogation au premier alinéa, le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances, peut - pour la fonction d'assistant de direction - prendre dans son cabinet un collaborateur supplémentaire, rémunéré conformément à une échelle de traitement des niveaux II+ ou II.

Art. 4. - Les membres et collaborateurs à temps plein visés aux articles 2 et 3 peuvent chacun être remplacés par deux personnes occupées à temps partiel.

Art. 5. - La position juridique de tous les membres du personnel de cabinet visés aux articles 2, 3 et 4 est temporairement statutaire, et la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail ne leur est pas applicable. Les membres du personnel de cabinet auxquels l'article 11 est applicable sont toutefois soumis aux dispositions relatives au salaire garanti en cas d'incapacité de travail résultant d'une maladie autre qu'une maladie professionnelle ou d'un accident autre qu'un accident du travail ou sur le chemin du travail.

Art. 6. - Les membres du personnel contractuels et statutaires du Ministère de la Communauté germanophone ainsi que de l'administration du Parlement de la Communauté germanophone ne peuvent être appelés auprès du cabinet d'un ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 7. - Les membres du personnel des services publics ou de l'enseignement subventionné appelés à faire partie d'un cabinet ne peuvent rester en fonction dans les services publics ou, selon le cas, dans l'enseignement subventionné ni continuer à en exercer les attributions pendant qu'ils sont actifs auprès dudit cabinet.

Section 2. — Nominations et fonctionnement

Art. 8. - Le personnel de chaque cabinet est nommé et révoqué par le ministre concerné.

Art. 9. - Le membre de cabinet désigné à cet effet par le ministre transmet les communications et instructions dudit ministre au Secrétaire général du Ministère par la voie hiérarchique.

Art. 10. - Les membres des cabinets ne peuvent traiter directement avec le Ministère qu'avec l'autorisation du ministre concerné.

Section 3. — Rétribution, allocations et indemnités

Art. 11. - § 1^{er} - Il est alloué, aux membres de cabinet visés à l'article 2 ayant une échelle de traitement du niveau I et ne faisant pas partie du service public ou de l'enseignement subventionné, une allocation de cabinet tenant lieu de traitement qui, par cabinet, correspond au plus aux échelles de traitement suivantes du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, à savoir :

1° un chef de cabinet : I/11

2° les autres collaborateurs de niveau I : I/8

Lorsque l'allocation de cabinet mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne dépasse pas l'échelle de traitement I/4 du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, elle est majorée d'une indemnité annuelle de cabinet plafonnée à 2 382 euros et liée à l'indice-pivot 138,01.

§ 2 - Lors de l'entrée en service, l'ancienneté des membres de cabinet visés au § 1^{er} est calculée de manière forfaitaire à partir de l'âge de 24 ans accomplis et ne peut dépasser 20 ans que lorsque le dépassement a été presté dans les services publics ou dans des cabinets.

§ 3 - Il est alloué, aux collaborateurs de cabinet visés aux articles 2 et 3 qui ne font pas partie du service public ou de l'enseignement subventionné, une allocation de cabinet tenant lieu de traitement qui correspond à l'échelle de traitement applicable au grade équivalent des niveaux II+, II ou III du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, majorée d'une indemnité annuelle de cabinet plafonnée à 2 382 euros et liée à l'indice-pivot 138,01.

§ 4 - Lors de l'entrée en service, l'ancienneté des membres de cabinet visés au § 3 est calculée de manière forfaitaire à partir de l'âge de 20 ans accomplis et ne peut dépasser 20 ans que lorsque le dépassement a été presté dans les services publics ou dans des cabinets.

§ 5 - Les membres du personnel visés aux §§ 1^{er} et 3 ont droit aux augmentations intercalaires de leur échelle de traitement suivant leur ancienneté pécuniaire.

§ 6 - Le Ministre peut classer dans l'échelle de traitement immédiatement supérieure un membre du personnel mentionné aux §§ 1^{er} et 3 une fois qu'il compte une période d'activité de cinq ans au sein de son cabinet. Par échelles de traitement immédiatement supérieures, il faut entendre les échelles de traitement qui peuvent être attribuées aux agents du Ministère de la Communauté germanophone en vertu des règles de promotion.

Art. 12. - Dans le respect de l'article 13, il est alloué une indemnité de cabinet au personnel de cabinet faisant partie du service public ou de l'enseignement subventionné.

En tenant compte de la répartition prévue dans le tableau de l'article 11, § 1^{er}, il est alloué à chaque membre ayant une échelle de traitement de niveau I et faisant partie du service public ou de l'enseignement subventionné, selon la place qui lui revient d'après l'échelle de traitement fixée à l'article 11, § 1^{er}, une indemnité annuelle de cabinet, liée à l'indice-pivot 138,01 et plafonnée comme suit :

- 8 507 euros (I/11);

- 5 785 euros (I/8);

- 4 424 euros (I/4).

Pour les autres collaborateurs visés aux articles 2 et 3 faisant partie du service public ou de l'enseignement subventionné, l'indemnité annuelle de cabinet liée à l'indice-pivot de 138,01 est plafonnée à 2 382 euros.

Art. 13. - § 1^{er} - La rétribution du personnel de cabinet appartenant au personnel d'un ministère, d'un autre service public ou de l'enseignement subventionné est réglée comme suit :

1° lorsque l'employeur poursuit le paiement du traitement, l'intéressé obtient l'indemnité de cabinet prévue à l'article 11. Le service d'origine se voit éventuellement rembourser le traitement du membre de cabinet, augmenté le cas échéant des charges patronales. Le traitement à rembourser ne peut cependant dépasser le montant maximal de l'échelle prévue à l'article 11 pour le grade correspondant;

2° lorsque l'employeur suspend le paiement du traitement, l'intéressé obtient une allocation tenant lieu de traitement correspondant à celle prévue à l'article 11 ainsi qu'une indemnité de cabinet. Le montant total, obtenu en additionnant l'allocation et l'indemnité de cabinet, ne peut cependant dépasser le montant du traitement majoré de l'indemnité que l'intéressé obtiendrait si les dispositions du 1° lui étaient applicables.

§ 2 - Le remboursement du traitement des membres du personnel des ministères nationaux qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement de la Communauté germanophone est effectué selon les modalités fixées par arrêté royal.

Art. 14. - § 1^{er} - À la fin de la législature ou s'il démissionne, un ministre peut octroyer une indemnité forfaitaire de départ aux membres du personnel de son cabinet, et ce, aux conditions fixées par le présent article.

§ 2 - Pour les membres du personnel de cabinet visés à l'article 11, l'indemnité de départ comprend :

1° le cas échéant, l'allocation de cabinet restant due pour le mois en cours;

2° par tranche entamée de cinq ans d'ancienneté de service dans un cabinet du Gouvernement de la Communauté germanophone, un montant représentant trois mois d'allocations de cabinet.

L'indemnité de départ est liquidée par tranches mensuelles. L'allocation de chômage à laquelle le membre du personnel en question aurait éventuellement droit pendant la période de paiement est déduite de l'indemnité de départ.

L'indemnité de départ n'est payée que lorsque le membre du personnel concerné n'est titulaire ni d'une fonction dans un cabinet ministériel, dans un service ou un établissement subventionné par la Communauté germanophone, dans un service de l'État, des communautés ou des régions, dans un autre service public ou dans un établissement d'enseignement subventionné, ni d'une pension à charge du trésor ou de la Communauté germanophone. Dès qu'il se trouve dans l'une des situations visées, les paiements mensuels prennent fin.

Le membre du personnel confirme par écrit qu'il ne se trouve dans aucune des situations visées à l'alinéa précédent.

§ 3 - Pour les membres du personnel de cabinet visés à l'article 12, l'indemnité de départ comprend :

1° le cas échéant, l'indemnité de cabinet restant due pour le mois en cours;

2° par tranche entamée de cinq ans d'ancienneté de service dans un cabinet du Gouvernement de la Communauté germanophone, un montant représentant un mois d'indemnité de cabinet.

L'indemnité de départ est liquidée par tranches mensuelles.

§ 4 - L'indemnité de départ n'est à considérer comme rémunération ni pour l'application de la législation sur le chômage ni pour le calcul des retenues de sécurité sociale.

Art. 15. - § 1^{er} - Outre l'indemnité mentionnée à l'article 11, § 3, il est accordé aux chauffeurs une indemnité forfaitaire mensuelle de 248 euros.

De plus, il est octroyé mensuellement à chaque chauffeur une indemnité de 161 euros pour frais professionnels.

L'arrêté du Régent du 30 mars 1950 réglant l'octroi d'allocations pour prestations à titre exceptionnel et l'arrêté royal du 24 décembre 1964 fixant les indemnités pour frais de séjour des membres du personnel des services publics fédéraux ne sont pas applicables aux chauffeurs.

§ 2 - Une indemnité forfaitaire annuelle de 1 812 euros peut être octroyée aux chefs de cabinet pour leurs frais de séjour.

L'indemnité n'est octroyée que lorsque la fonction a été exercée plus de cinq jours consécutifs au cours du mois en question.

L'indemnité est maintenue pendant l'absence qui ne dépasse pas cinq jours consécutifs au cours du mois en question. Elle est de plus maintenue pendant le congé de vacances annuelles.

Art. 16. - Le personnel des cabinets bénéficie de l'allocation de foyer ou de résidence, du pécule de vacances et de la prime de fin d'année aux taux et conditions prévus pour le personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 17. - § 1^{er} - Pour l'octroi des indemnités de déplacement, les membres de cabinet sont assimilés au personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2 - Pour leurs déplacements, les membres du personnel de cabinet désignés par le Gouvernement sont autorisés à utiliser leur véhicule personnel aux conditions prévues pour le grade correspondant du personnel des ministères par l'arrêté royal du 18 janvier 1965 portant réglementation générale en matière de frais de parcours. Ils sont dispensés de la tenue d'un carnet de route.

L'autorisation d'utiliser une voiture personnelle est réglée par un arrêté spécial.

Art. 18. - § 1^{er} - Les allocations et indemnités prévues aux articles 11, 12 et 15 sont payées mensuellement à terme échu à chaque membre de cabinet.

L'allocation ou indemnité mensuelle est égale à 1/12^e du montant annuel. Lorsque l'allocation ou indemnité n'est pas due pour un mois entier, elle est payée conformément aux dispositions prévues par le statut pécuniaire du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2 - Les allocations et indemnités prévues aux articles 11, 12 et 15 sont soumises au régime de mobilité prévu pour la rémunération des fonctionnaires. Elles sont liées à l'indice-pivot de 138,01.

Cette disposition ne s'applique pas aux indemnités mensuelles forfaitaires pour les chauffeurs, prévues à l'article 15 du présent arrêté.

§ 3 - Sous réserve des dispositions de l'article 14, le Gouvernement décide si et dans quelle mesure les indemnités et allocations prévues aux articles 11, 12, 15 et 16 sont dues lorsqu'un membre du personnel de cabinet n'exerce pas ses fonctions de cabinet.

CHAPITRE 2. — *Membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral*

Art. 19. - Les membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone peuvent devenir membre du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral s'ils ont reçu l'autorisation préalable du ministre compétent en matière de personnel.

L'autorisation ne peut être accordée que si le Roi a promulgué un règlement réglant les modalités de remboursement du traitement des membres du personnel mentionnés à l'alinéa 1^{er}.

Art. 20. - L'article 7 est applicable aux membres du personnel des services du Gouvernement de la Communauté germanophone qui sont détachés auprès du cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral.

Art. 21. - Le traitement des membres du personnel mentionnés à l'article 19, alinéa 1^{er}, est versé par la Communauté germanophone.

Le remboursement à la Communauté germanophone est effectué sur la base d'un état de frais trimestriel transmis au membre concerné du Gouvernement fédéral par les services du Gouvernement de la Communauté germanophone.

La demande de remboursement est introduite au début de chaque trimestre pour le trimestre écoulé.

CHAPITRE 3. — *Dispositions finales*

Art. 22. - Il est octroyé aux Ministres une indemnité forfaitaire mensuelle de 500 euros pour frais exposés.

Art. 23. - Le présent arrêté n'est pas applicable aux cabinets du Gouvernement en fonction avant le 17 juin 2019.

Art. 24. - L'arrêté du Gouvernement du 30 juin 2014 portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres du Gouvernement ainsi que sur les membres du personnel des services du Gouvernement appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement fédéral est abrogé.

Art. 25. - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 26. - Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 20 juin 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et du Sport, de l'Emploi et des Médias,

I. WEYKMANS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/203281]

20 JUNI 2019. — Besluit van de Regering betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de regeringsleden alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten van de Regering aangewezen om in het kabinet van een lid van de federale regering mee te werken

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de Grondwet, artikelen 121, 130, 132 en 139;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 68, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993, en artikel 69;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 30 juni 2014 betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de Regeeringsleden alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten van de Regering aangewezen om in het kabinet van een lid van de Federale Regering mee te werken;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gewettigd wordt door de omstandigheid dat de regeling inzake de samenstelling en de werking van de ministeriële kabinetten zo snel mogelijk na de verkiezing van de nieuwe regeringsleden moet worden aangenomen, zodat de continuïteit van het regeringswerk niet in het gedrang komt;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *De kabinetten van de regeringsleden**Afdeling 1. — Bevoegdheden en samenstelling*

Artikel 1. - Elke minister beschikt over een kabinet.

De bevoegdheden van elk kabinet zijn als volgt bepaald :

1° de aangelegenheden die invloed kunnen hebben op het algemene beleid van de Regering of op de werkzaamheden van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de onderzoeken en studies die de persoonlijke taak van het regeringslid kunnen verlichten;

3° het voorleggen van de dossiers van het Ministerie;

4° het ontvangen en openen van post die aan hem persoonlijk is gericht;

5° zijn bijzondere briefwisseling;

6° de aanvragen om een afspraak;

7° het verzorgen van de *public relations* en het persoverzicht.

Art. 2. - Elk kabinet beschikt maximaal over vijf leden met een weddeschaal van ten hoogste niveau I.

In afwijking van het eerste lid kan de Viceminister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting een extra kabinetslid met een weddeschaal van niveau I in zijn kabinet opnemen.

Art. 3. - Voor het uitvoerend werk kan elk kabinet beschikken over ten hoogste twee medewerkers met een weddeschaal van niveau II+, II en/of III.

Bovendien beschikt elk kabinet over een chauffeur met een weddeschaal van niveau III. Die chauffeurs kunnen ook met conciërgewerkzaamheden worden belast.

In afwijking van het eerste lid kan de Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën een extra medewerker met een weddeschaal van niveau II+ of niveau II in zijn kabinet aanstellen voor de functie van directieassistent.

Art. 4. - De leden en medewerkers met een voltijdse betrekking bedoeld in de artikelen 2 en 3 kunnen elk door twee personen met een deeltijdse betrekking worden vervangen.

Art. 5. - De rechtspositie van alle personeelsleden van de kabinetten bedoeld in de artikelen 2, 3 en 4 is tijdelijk statutair en de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten is niet op hen toepasselijk. De personeelsleden van de kabinetten op wie artikel 11 van toepassing is, zijn echter onderworpen aan de bepalingen over het gewaarborgd loon bij arbeidsongeschiktheid door een andere ziekte dan een beroepsziekte of bij arbeidsongeschiktheid door een ander ongeval dan een arbeidsongeval of een ongeval op weg van en naar het werk.

Art. 6. - De contractuele en statutaire personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap alsmede van het bestuur van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap mogen niet worden aangewezen om deel uit te maken van het kabinet van een minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 7. - Personeelsleden van de openbare diensten of van het gesubsidieerd onderwijs mogen slechts worden aangewezen om van een kabinet deel uit te maken, indien zij noch hun ambt in de openbare diensten of in het gesubsidieerd onderwijs noch de bevoegdheden ervan blijven uitoefenen tijdens de tijd dat ze bij een kabinet werkzaam zijn.

Afdeling 2. — Benoemingen en werking

Art. 8. - Het personeel van elk kabinet wordt door de betrokken minister benoemd en ontslagen.

Art. 9. - Het daartoe door de minister aangewezen kabinetslid zendt de mededelingen en de instructies van de minister langs de hiërarchische weg over aan de secretaris-generaal van het Ministerie.

Art. 10. - De kabinetsleden mogen slechts direct met het Ministerie onderhandelen, als ze daartoe toestemming hebben gekregen van de betrokken minister.

Afdeling 3. — Betaling, toelagen en vergoedingen

Art. 11. - § 1 - Aan de in artikel 2 bedoelde kabinetsleden die een weddeschaal van niveau I genieten en die niet tot de openbare diensten of het gesubsidieerd onderwijs behoren, wordt een als wedde geldende kabinetstoelage toegekend die per kabinet ten hoogste overeenstemt met de volgende weddeschalen geldig voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap :

1° een kabinetschef : I/11

2° de overige medewerkers van niveau I : I/8

Indien de kabinetstoelage vermeld in het eerste lid niet hoger is dan de weddeschaal I/4 van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, wordt ze verhoogd met een jaarlijkse aanvullende toelage van maximaal 2.382 euro die aan de spilindex 138,01 gekoppeld is.

§ 2 - Bij de indienstreding wordt de dienstanciënniteit van de kabinetsleden bedoeld in § 1 forfaitair berekend vanaf de volle leeftijd van 24 jaar; die dienstanciënniteit mag 20 jaar alleen overschrijden wanneer de overschrijding overeenstemt met dienstprestaties bij de openbare diensten of bij kabinetten.

§ 3 - Aan de overige kabinetsmedewerkers bedoeld in de artikelen 2 en 3, die niet tot de openbare diensten of het gesubsidieerd onderwijs behoren, wordt een als wedde geldende kabinetstoelage toegekend die overeenstemt met de weddeschaal die gepaard gaat met de gelijkwaardige graad van de niveaus II+, II of III toepasselijk op het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, verhoogd met een jaarlijkse aanvullende toelage van maximaal 2.382 euro die aan de spilindex 138,01 gekoppeld is.

§ 4 - Bij de indienstreding wordt de dienstanciënniteit van de kabinetsleden bedoeld in § 3 forfaitair berekend vanaf de volle leeftijd van 20 jaar; die dienstanciënniteit mag 20 jaar alleen overschrijden indien de overschrijding overeenstemt met dienstprestaties bij de openbare diensten of bij kabinetten.

§ 5 - De personeelsleden bedoeld in de § 1 en 3 hebben recht op de tussentijdse verhogingen naargelang hun geldelijke anciënniteit.

§ 6 - De minister kan een personeelslid als vermeld in de § 1 en 3 na vijf jaar dienstanciënniteit in zijn kabinet inschalen in de eerstvolgende hogere weddeschaal. Onder 'eerstvolgende hogere weddeschalen' worden de weddeschalen verstaan waarin de ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap op grond van de bevorderingsregels kunnen worden ingeschaald.

Art. 12. - Aan het kabinetspersoneel behorend tot de openbare diensten of tot het gesubsidieerd onderwijs wordt onder naleving van artikel 13 een aanvullende toelage toegekend.

Met inachtneming van de verdeling waarin de tabel van artikel 11, § 1, voorziet, wordt aan ieder kabinetslid met een weddeschaal van niveau I, naargelang de plaats die hem in overeenstemming met de in artikel 11, § 1, vastgelegde tabel toekomt, een jaarlijkse aanvullende toelage toegekend met telkens de volgende maximale bedragen die aan de spilindex 138,01 gekoppeld zijn :

- 8.507 euro (I/11);

- 5.785 euro (I/8);

- 4.424 euro (I/4).

Voor de overige medewerkers bedoeld in de artikelen 2 en 3 behorend tot de openbare diensten of tot het gesubsidieerd onderwijs bedraagt de jaarlijkse, aan de spilindex 138,01 gekoppelde, aanvullende toelage ten hoogste 2.382 euro.

Art. 13. - § 1 - De betaling van het kabinetspersoneel dat tot het personeel van een ministerie, een andere openbare dienst of het gesubsidieerd onderwijs behoort, wordt als volgt geregeld :

1° indien de werkgever de wedde blijft betalen, verkrijgt de belanghebbende de aanvullende toelage bepaald in artikel 11. Eventueel wordt de wedde van het kabinetlid, desgevallend verhoogd met de werkgeversbijdragen, aan de dienst van oorsprong terugbetaald. De wedde die moet worden terugbetaald, mag echter niet hoger zijn dan het maximumbedrag van de weddeschalen die voor de overeenstemmende graad in artikel 11 zijn vastgelegd;

2° indien de werkgever de wedde niet blijft betalen, bekomt de belanghebbende een als wedde geldende toelage die overeenstemt met die bepaald in artikel 11 en een aanvullende toelage. Het totaal bedrag bestaande uit de toelage plus de aanvullende toelage mag nochtans niet hoger liggen dan het uit de wedde plus de toelage bestaande bedrag dat de belanghebbende zou verkrijgen, indien de onder 1° bepaalde maatregelen op hem toepasselijk zouden zijn.

§ 2 - De terugbetaling van de wedde der personeelsleden van de nationale ministeries die bij het kabinet van een lid van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap gedetacheerd zijn, wordt volgens de modaliteiten uitgevoerd die door een koninklijk besluit zijn vastgelegd.

Art. 14. - § 1 - Op het einde van de legislatuur of bij ontslag kan de betrokken minister, onder de voorwaarden die in dit artikel worden bepaald, een forfaitaire toelage wegens ontslag toekennen aan de personeelsleden van zijn kabinet.

§ 2 - Voor de in artikel 11 bedoelde personeelsleden van de kabinetten omvat de toelage wegens ontslag :

1° desgevallend de voor de lopende maand resterende kabinetstoelage;

2° per aangevangen schijf van 5 jaar dienstanciënniteit in een kabinet van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, een bedrag overeenstemmend met drie maanden kabinetstoelage.

De toelage wegens ontslag wordt in maandelijkse schijven uitbetaald. De werkloosheidsuitkering waarop het betrokken personeelslid eventueel recht zou hebben tijdens de uitbetalingsperiode wordt afgetrokken van de toelage wegens ontslag.

De toelage wegens ontslag wordt alleen uitbetaald als het betrokken personeelslid geen ambt in een ministerieel kabinet, in een dienst of gesubsidieerde inrichting van de Duitstalige Gemeenschap, in een dienst van de Staat, van de gemeenschappen of van de gewesten, in een andere openbare dienst of in een gesubsidieerde onderwijsinrichting uitoefent, noch een pensioen ten laste van de staatskas of van de Duitstalige Gemeenschap geniet. Als één van die situaties zich voordoet, wordt een einde gemaakt aan de maandelijkse uitbetalingen.

Het betrokken personeelslid bevestigt schriftelijk dat geen van de situaties bedoeld in het voorgaande lid opgetreden is.

§ 3 - Voor de in artikel 12 bedoelde personeelsleden van de kabinetten omvat de toelage wegens ontslag:

1° desgevallend de voor de lopende maand resterende aanvullende toelage;

2° per aangevangen schijf van 5 jaar dienstanciënniteit in een kabinet van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, een bedrag overeenstemmend met één maand aanvullende toelage.

De toelage wegens ontslag wordt in maandelijkse schijven uitbetaald.

§ 4 - De toelage wegens ontslag wordt noch voor de toepassing van de wetgeving inzake werkloosheid noch voor de berekening van de inhoudingen voor de sociale zekerheid als bezoldiging beschouwd.

Art. 15. - § 1 - Naast de in artikel 11, § 3, bedoelde aanvullende toelage verkrijgen de chauffeurs een maandelijkse forfaitaire toelage van 248 euro.

Bovendien wordt maandelijks aan elke chauffeur een vergoeding van 161 euro voor de beroepskosten toegekend.

Het besluit van de Regent van 30 maart 1950 de toekenning regelend van de toelagen wegens buitengewone prestaties en het koninklijk besluit van 24 december 1964 tot vaststelling van de vergoedingen wegens verblijfskosten toegekend aan de leden van de ministeries zijn niet van toepassing op de chauffeurs.

§ 2 - Aan de kabinetshoofden kan een jaarlijkse forfaitaire vergoeding van 1.812 euro voor hun verblijfskosten toegekend worden.

De vergoeding wordt alleen toegekend als de functie in de betrokken maand meer dan 5 opeenvolgende dagen uitgeoefend wordt.

De vergoeding wordt tijdens de afwezigheid behouden die in de loop van de betrokken maand vijf opeenvolgende dagen niet overschrijdt. Zij wordt eveneens tijdens het jaarlijks vakantieverlof behouden.

Art. 16. - Het kabinetspersoneel ontvangt de haard- of standplaatstoelage, vakantiegeld en de eindejaarspremie tegen het bedrag en onder de voorwaarden die voor het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bepaald zijn.

Art. 17. - § 1 - Voor de toekenning van de reiskostenvergoedingen worden de kabinetleden gelijkgesteld met het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - De door de Regering aangewezen personeelsleden van de kabinetten zijn ertoe gemachtigd voor dienstreizen van hun eigen wagen gebruik te maken onder de voorwaarden welke het koninklijk besluit van 18 januari 1965 houdende algemene reglementering inzake reiskosten, voor de overeenstemmende dienstgraad van het personeel der Ministeries bepaalt. Ze hoeven niet de reiswijzer bij te houden.

De machtiging om de eigen wagen te gebruiken, wordt geregeld bij een bijzonder besluit.

Art. 18. - § 1 - De toelagen bedoeld in de artikelen 11, 12 en 15 worden maandelijks na vervallen termijn aan elk kabinetlid uitbetaald.

De maandelijkse toelagen bedragen 1/12 van het jaarlijkse bedrag. Wanneer ze niet voor de volledige maand verschuldigd zijn, worden ze uitbetaald overeenkomstig de regels bepaald in de bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - De in de artikelen 11, 12 en 15 bepaalde toelagen zijn onderworpen aan de mobiliteitsregeling die geldt voor de bezoldiging van de ambtenaren. Zij zijn gekoppeld aan de spilindex 138,01.

Deze bepaling is niet toepasselijk op de maandelijkse forfaitaire toelagen ten gunste van de chauffeurs waarin artikel 15 voorziet.

§ 3 - Onder voorbehoud van de bepalingen van artikel 14 beslist de Regering of en in welke mate de toelagen bedoeld in de artikelen 11, 12, 15 en 16 moeten worden uitbetaald wanneer een kabinetspersoneelslid zijn kabinetfunctie niet uitoefent.

HOOFDSTUK 2. — PERSONEELSLEDEN VAN DE DIENSTEN VAN DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP DIE AANGEWEEZEN ZIJN OM VAN EEN KABINET VAN EEN LID VAN DE FEDERALE REGERING DEEL UIT TE MAKEN

Art. 19. - De personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap kunnen leden van het kabinet van een lid van de federale regering worden, indien zij voordien de machtiging van de minister bevoegd inzake Personeel gekregen hebben.

Deze machtiging mag slechts verleend worden wanneer de Koning een besluit afgekondigd heeft dat de modaliteiten regelt voor de terugbetaling der wedden van de bij het eerste lid bedoelde personeelsleden.

Art. 20. - Artikel 7 is van toepassing op de personeelsleden van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die bij het kabinet van een lid van de federale regering gedetacheerd zijn.

Art. 21. - De wedde van de bij artikel 19, eerste lid, bedoelde personeelsleden wordt door de Duitstalige Gemeenschap uitbetaald.

De terugbetaling aan de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgevoerd op basis van een driemaandelijkse onkostenstaat die door de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap aan het betrokken lid van de federale regering wordt toegezonden.

De aanvraag tot terugbetaling wordt bij het begin van elk trimester ingediend voor het afgelopen trimester.

Hoofdstuk 3. — Slotbepalingen

Art. 22. - Aan de ministers wordt een forfaitaire kostenvergoeding van 500 euro per maand toegekend.

Art. 23. - Dit besluit is niet van toepassing op de kabinetten van de vóór 17 juni 2019 fungerende Regering.

Art. 24. - Het besluit van de Regering van 30 juni 2014 betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de Regeringsleden alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten van de Regering aangewezen om in het kabinet van een lid van de Federale Regering mee te werken, wordt opgeheven.

art- Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 25. - De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 juni 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

A. ANTONIADIS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/203280]

20. JUNI 2019 — Erlass der Regierung bezüglich der Kanzlei der Regierung beim Ministerpräsidenten

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund der Verfassung, Artikel 121, 130, 132 und 139;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 68, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993, und 69;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 bezüglich der Kanzlei der Regierung beim Ministerpräsidenten;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Regelung über den Kanzleidienst im Interesse der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden und Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Unbeschadet der Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Regierung sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Regierung, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Mitglieds der Föderalregierung berufen werden, wird beim Ministerpräsidenten eine Kanzlei der Regierung eingerichtet.